

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 38.

Mittwoch, 14. Februar 1923.

30. Jahrgang.

Ruhe und Besonnenheit!

Vor schweren Tagen im Ruhrgebiet.

(Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.)

SPD. Dortmund, 13. Februar.

Am Dienstag haben die maßgebenden Instanzen des Ruhrgebietes — Behörden, Industrie, Handel — in Hamm Besprechungen über die allgemeine Lage im Industriegebiet geführt. Insbesondere wurden die Sperrmaßnahmen der Besatzung sowohl für Kohle wie metallurgische Produkte erörtert. Es wäre unrichtig, zu sagen, daß man sich in dieser Besprechung nicht über die Folgen dieser belgisch-französischen Taktik klar geworden ist. Aber trotzdem bleibt festzustellen, daß sämtliche Vertreter der genannten Instanzen über den Ausgang des gegenwärtigen Kampfes optimistischer Auffassung sind.

Diese Auffassung, von der wir nur den Wunsch haben, daß sie sich in Zukunft als berechtigt erweist, ist deshalb erfreulich, weil sie zu einer Zeit ausgesprochen wurde, in der die Besatzung einen neuen Schlag gegen Deutschland verübte. In Wesel und Emmerich sind am Dienstag vormittag belgische Truppen eingerückt, und an anderen Stellen haben sich die Franzosen neue Gewaltakte erlaubt. Sowohl die Entfernung der deutschen Zollbeamten in den Grenzstädten Wesel und Emmerich, die Aussicht über den Verkehr in den Häfen dieser Städte, wie auch die menschenunwürdigen Rohheiten an anderen Stellen des Industriegebietes, scheinen uns nur als Fortsetzung der bisherigen belgisch-französischen Taktik gewertet werden zu können. Wesel ist Uebergangsstation für die holländische Zufuhr nach dem Industriegebiet und Norddeutschland; Emmerich besitzt den wichtigsten Umschlags- und Uebergangshafen für den internationalen Verkehr von und nach Holland und weiter von und nach England. Durch die Kontrollmöglichkeit, die man über diese wichtigen Verbindungen seit heute hat, ist der Verkehr belgischer Willkür ausgeliefert, wird vor allem die weitere Versorgung deutschen Gebietes mit Lebensmitteln aus Holland von der Gnade oder Ungnade gut oder schlecht gelaunter Offiziere abhängen. Damit kann in erster Linie der Ring der indirekten Unterbindung der Lebensmittelzufuhr eine nicht zu unterschätzende Erweiterung erfahren. Endgültige Auswirkungen müssen natürlich abgewartet werden.

Bedenkenswert bleibt gerade unter diesen Umständen, daß den Franzosen und Belgiern durch Stilllegung der fünf größten Fernspreckzentralen des Industriegebietes, darunter Essen, Duisburg und Oberhausen, in gewissem Maße bei der Durchführung ihrer Pläne gedient wird. Heute sind Düsseldorf und Wachen noch hinzugekommen. Das Recht erfordert den Hinweis, daß ein Teil der Aemter durch Gewaltmaßnahmen der Franzosen stillgelegt wurde. Soweit das aber nicht der Fall war, und sich das Personal in den Streik treiben ließ, erwarten wir, daß die Arbeit bald wieder aufgenommen wird. Jeder Streik auf der Eisenbahn, soweit sie noch in Betrieb ist, und den Telephonämtern muß in dieser Zeit zweimal überlegt sein. Vor allen Dingen ist die wirtschaftliche Schwächung ungunstigen Deutschlands durch eine Arbeitsniederlegung und damit die Verletzung der Abwehrfront überhaupt mit dem eventl. Verlust am Prestige, der durch die Verwirklichung des einen oder anderen französischen Anstrebens entstehen könnte, vorzuziehen. Die Beamtenschaft der Telephonämter darf nicht vergessen, daß den Führern in diesem Abwehrkampf die Möglichkeit der Beschlußfassung über neue Abwehrmaßnahmen infolge der Telephonstreiks nur noch schwer möglich ist. Zurzeit ist auch jede schnelle Verständigung über eine Zusammenkunft nur unter dem Aufwand großer Kosten und nach Überwindung großer Schwierigkeiten möglich.

Die schwersten Tage in dem augenblicklichen Ringen stehen noch bevor. Nichts könnte den Franzosen angenehmer sein, als Vorkommnisse, die zu neuen militärischen Zwangsmaßnahmen auch nur den geringsten Anlaß bieten könnten. Daher gilt Ruhe jetzt als erste Pflicht! — Ruhe und Besonnenheit aber werden nicht gefördert durch Einbildungen von Journalisten, die schon seit Tagen ein Pulverfaß, zumal in Essen, in die Luft fliegen sehen.

*

SPD. Aus Wesel drahtet unser Sonderkorrespondent:

In Wesel sind heute vormittag hundert belgische Soldaten unter Führung mehrerer Offiziere einmarschiert. Nachdem der Hafen und das Zollamt besetzt waren, erschienen die Offiziere bei dem Bürgermeister. Sie erklärten, daß ihre Aufgabe nicht die Besetzung der Stadt sei. Der ihnen gegebene Befehl laute dahin, die mit der Kontrolle des Hafens und des Zollamts beauftragten drei belgischen Zollbeamten zu schützen. Die Soldaten wurden in der Nähe des Hafens einquartiert. In der inneren Stadt sind keine Truppen untergebracht. Der Bürgermeister nahm von den Mitteilungen der Offiziere unter Protest Kenntnis.

Zu gleicher Zeit marschierten in Emmerich neunzig Belgier mit fünf Offizieren ein. Sie besetzten den Haupthafen, das Zollamt, die Rheinwerft und die Expeditionen. Die Offiziere, die den Bürgermeister von dem Gewaltakt unterrichteten, verlangten die Stellung von zehn Geiseln. Das wurde abgelehnt! Unter Protest erklärte der Bürgermeister, sich zur Verfügung stellen zu wollen. Von der Polizei wurde ausdrücklich Gruppenschutz gegenüber den Offizieren gefordert. Auch dieses Ansuchen ist mit Hinweis auf die Anordnung der preussischen Staatsregierung abgelehnt worden. Die angeforderten Quartiere wurden unter Protest zugelegt.

Durch die Besetzung von Wesel und Emmerich ist ein ordentlicher Grenzverkehr sowohl zu Lande, wie zu Wasser unmöglich gemacht. Der Rheinschiffsverkehrsverkehr, der bisher noch mit Holland erfolgte, ist jetzt vollkommene Willkür der Besatzung ausgeliefert. Der internationale Verkehr des Westens, der bis jetzt über den wichtigsten Grenzhafen Emmerich nach Holland und weiter nach England erfolgte, wird sich jetzt fast ausschließlich über Bremen und Hamburg abwickeln müssen. Mit Schwierigkeiten ist besonders auch für die Lebensmittelversorgung von Holland aus zu rechnen. Es ist nicht unbekannt, daß die Reichsregierung und viele Kommunalverbände mit holländischen Lieferanten große Verträge zur Lebensmittelbelieferung abgeschlossen haben. Diese Lieferung ist vorläufig in Frage gestellt. Die Eisenbahnstrecke Wesel-Emmerich, eine Hauptverbindungsline mit Norddeutschland, ist noch nicht unter Kontrolle gestellt. Die Vermutung, daß die Franzosen und Belgier beschäftigen, das Verkehrsnetz wie im übrigen Industriegebiet systematisch zu unterbinden, liegt aber mehr als nahe. Gegen diese Gewaltmaßnahme bleibt nur die Hoffnung eines wirksamen Protestes der holländischen Regierung, die die Interessen ihres Landes gefährdet sieht.

Die Gründe für die neue Besetzung.

Essen, 13. Februar.

In der Besetzung von Emmerich und Wesel liegt nach mir wirtschaftlich unterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes eine Folge des mißlungenen französischen Versuches, Kohle über die südliche Linie aus dem Ruhrgebiet herauszubringen. Man hatte in den letzten Tagen schon Anzeichen dafür, daß die Franzosen mit der von ihnen besetzten Bahnstrecke Oberhausen-Gelsenkirchen, insbesondere mit dem schwierigen Gleisbahnhof Oberhausen nicht fertig würden und daher gezwungen sein würden, sich auf die nördliche Bahnlinie Reddinghausen-Buer-Gladbach-Oberfeld zu werfen, die als die am leichtesten zu handhabende im Ruhrgebiet gilt. Die Kohlenruben, die an dieser nördlichen Bahnstrecke liegen, sind die jüngsten im ganzen Ruhrgebiet, und ihre Erzeugung mag daher den französischen Ingenieuren als die leichteste Aufgabe erschienen sein. Die jetzt erfolgte Besetzung von Wesel und Emmerich würde bedeuten, daß die Franzosen Kohle über die nördliche Linie nordwärts herausbringen wollen. Man ist in Kreisen, die mit den wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten des Ruhrgebietes vertraut sind, der festen Überzeugung, daß auch dieser Versuch der Franzosen mißlingen wird.

Entwaffnung der Schupo in Gelsenkirchen.

SPD. Gelsenkirchen, 13. Febr. (Via Drahtber.)

Anlässlich des am Montag vormittag in Gelsenkirchen erfolgten blutigen Zwischenfalls triffen die Franzosen heute zu neuen Gewaltmaßnahmen. Von Reddinghausen aus wurde jene Truppe, die sich im Prinzip mit Gewehrtruppen und Reiterpöbeln auszeichnet, hat, in Vorbereitung zahlreicher Tanks und Maschinengewehre zur Durchführung von „Genugtuungsmaßnahmen“ vorübergehend nach Gelsenkirchen entsandt. Am Eingang der Stadt nahmen diese „Helden“ nach vorheriger Sicherung die dort stationierte Schupo-Wache fest. Auch die Wache „Zentrum“ wurde gefangen gesetzt und jeder des Wegs kommende Schupobeamte für verhaftet erklärt. Die so festgenommenen 40 Beamten wurden bis nachmittags in dem Saal einer Wirtschaft gefangen gehalten und später — jedenfalls nach Reddinghausen — abtransportiert.

Nach diesen „Heldentaten“ wurde das Verwaltungsgebäude der Schupo aufgesucht. Die offenen Büroräume wurden ohne Rücksicht auf die darin befindlichen Beamten vergeschlossen. Dann gingen die Soldaten auf die Suche nach weiteren Schupobeamten, ohne solche zu finden. Von hier aus zogen die schwerbewaffneten Militärs unter Mithahme der Schlüssel — die Türen ließen sie vergeschlossen — zum Rathaus, das mit Tanks und Infanterie umstellt wurde. Der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, der Polizeipräsident und der Polizeikommissar wurden hier zu Verhandlungen gezwungen. Die Franzosen wollten die Namen jener Beamten wissen, die auf das vorfristig wichtig fahrende Auto, in dem die beiden französischen Gendarmen saßen, geschossen hatten. Das wurde abgelehnt. Auch das Protestschreiben des Oberbürgermeisters, der es abgelehnt hat, die von der Bevölkerung abgeforderten Waffen den Franzosen auszuliefern, scheint auf die Gemüter der französischen Reiterpöbel-Offiziere stark gewirkt zu haben. Nach einhelligem Beschluß der Verhandlungen erklärte der führende französische Offizier den Oberbürgermeister, den Bürgermeister und den Polizeipräsidenten für verhaftet. — Sämtliche drei Beamte wurden in Autos mit nach Reddinghausen genommen.

Vorübergehend ist auch das Post- und Telegraphenamt besetzt worden. Der hier verhaftete Postdirektor und der Telegraphendirektor wurden später wieder auf freien Fuß gesetzt.

Liebestwerben um die Eisenbahnen.

Die Franzosen bemühen sich unausgesetzt, die deutschen Eisenbahnbeamten und -arbeiter für ihre Zwecke zu gewinnen. Sie haben bereits ein Schriftstück anfertigen lassen, das die deutschen Beamten unterzeichnen sollen, die sich bereit erklärten, einzeln oder gemeinsam unter dem Befehl der französischen Militärbehörden zu arbeiten. Wer sich zur Arbeitsaufnahme bereit erklärt, soll folgenden Revers unterschreiben: „Ich . . . im Dienst in . . . verpflichte mich, den Instruktionen, die mir durch die französische Eisenbahnbehörde gegeben wurden, treu zu gehorchen.“ In einem Zusatz wird den Eisenbahnern versichert, daß die französischen Behörden die Entlohnung auf den militärischen Stellen übernehmen. „Höhe der Bezüge nach Vereinbarung.“ — Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß ein deutscher Eisenbahnbeamter diesen Revers unterschrieben hat.

Finanzielle Katastrophenpolitik.

Dr. L. Lübed, 14. Februar.

Seit einigen Tagen hat sich die deutsche Währung erheblich gebessert. Auf 48 000 stand der Dollar schon — heute wird er mit ungefähr 23 000 notiert. Man gebe sich keinen Illusionen hin; diese Erholung unserer Währung ist nur ein künstliches Aufladern, herbeigeführt durch das Abstoßen unserer letzten Devisenreserven durch die Reichsbank.

Die Reichsbank treibt diese sogenannte Interventionspolitik auf Geheiß der Reichsregierung. Die Reichsregierung aber hat sich zu ihrer aktiven Währungspolitik durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion drängen lassen.

Die Gründe, die unsere Genossen im Reichstag für ihre Forderung hatten, sind leicht zu verstehen. Wir stehen in einem erbitterten Abwehrkampf gegen den französischen Militarismus. In diesem Kampfe wurden und werden der deutschen Arbeiterschaft, besonders aber der Ruhrarbeiterschaft, die schwersten Opfer zugemutet. Die fortwährend abgleitende Mark aber trieb die Preise in unerhörte Höhen — ein neues Hungerelend ohnegleichen hob die wachsende Hand gerade in Deutschlands schwerster Zeit. Nur eine Stabilisierung der Währung konnte dem vorbeugen; denn der Patriotismus der Landwirte und Großkisten reichten auch nicht im entferntesten aus, um ihre Profitgier auch nur vorübergehend niederzuhalten.

Jedenfalls ist der Erfolg nun da. Die Mark steigt, und einige Waren zeigen in der Tat schon kleine Preisabschwächungen. Wird das alles von Dauer sein?

Nein! Die Politik der Reichsbank ist völlig ungenügend; sie ist sogar falsch, wenn sie nicht durch weitere Maßnahmen des Reichs ergänzt wird. (Wie sie die Sozialdemokratie immer und immer wieder verlangt.)

Jede Schwankung der Währung ist vom Uebel. Ob der Dollar steigt, ob er sinkt; immer ist es die jauchzende Spekulation, die dabei ihre Gewinne scheidet.

Die berufsmäßige internationale Spekulation kennt die Markschwankungen im voraus. Sie weiß, daß die Mark sich noch einige Tage halten wird, und sie weiß auch, daß danach der Dollar wieder auf seine alte Höhe und darüber klettern muß. Sie richtet sich darnach ein und wird riesenhafte Gewinne einflecken.

Die Londoner und Newyorker Spekulation hat bei der letzten Markbaufe große Markbeträge hereingenommen; sie stößt sie jetzt zu einem um 100 Prozent erhöhten Kurs ab und nimmt dafür die Devisenbestände ein, die die deutsche Reichsbank monatelang mühsam aufgesammelt hat. Sind diese Bestände aufgebraucht, so wird der alte Tanz wieder losgehen und die Mark wird in den alten Abgrund rutschen, und da die Kraft der Reichsbank dann erschöpft sein wird, wird der Abgrund tiefer als je zuvor.

Die ganze Markterholung war dann nur ein kurzes Intermezzo, mit dem einzigen Erfolg, daß die Devisenreserven der Reichsbank in den unerfährlichen Rachen der Spekulation verschwunden sind. Und mit dem zweiten Erfolg vielleicht, daß die deutschen Großkisten und Industriellen ihre Devisenbestände vorübergehend etwas billiger ergänzen konnten — um dann bei dem neuen Sinken der Mark die bekannten Valutagewinne einzustreichen.

Was wir in Wirklichkeit brauchen, ist eine Stabilisierung der Mark. Und für diesen Zweck sind die Besserungskäufe der Reichsbank das allerungeeignetste Mittel. Nach einigen Wochen schon wird man zugeben, daß das Kabinett Cuno aus politischen Gründen wirtschaftliche Katastrophenpolitik getrieben hat.

Die Stabilisierung der Mark hat Voraussetzungen, die bürgerliche Köpfe nie und nimmer verstehen werden. Dazu ist nötig, daß man die Wirtschaft eines Volkes nicht mehr vom Standpunkt des Profits und der Rentabilität betrachtet, sondern von der Notwendigkeit des Existenzminimums für das ganze Volk und der Einsparung der Substanz als Ersatz für den Verschleiß in der Produktion. Die bürgerliche Wirtschaftseinsticht, die heute noch wie vor 50 Jahren an der Brust der Manchesterlehre laugt, wird solcher Betrachtung stets unfähig sein.

Was wir brauchen, sind drei Dinge: Regelung des Verbrauchs durch eine weitgehende Devisenhandelskontrolle; dann die Schaffung eines wertvollen Anlagepapiers als Sparanreiz; und nicht zuletzt die Ordnung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden.

Der letztere Punkt ist der dringlichste; seine Durchführung ist für die beiden anderen Voraussetzung. Der unglaubliche Steuerstandal, die Steuerfreiheit der Besitzenden infolge der Geldentwertung, wird in der nächsten Zeit der Hauptbrennpunkt der innerpolitischen Kämpfe sein.

Darüber werden wir uns in einem besonderen Artikel aussprechen.

Dollar 23000.

Die Beratung des Justizgesetzes wird fortgesetzt. Dazu liegt folgende Entschließung der Sozialdemokratischen Fraktion vor:

Die Reichsregierung wolle auf die Begnadigung der wegen politischer Straftaten in Bayern im Jahre 1919 und der strafrechtlich und disziplinarisch wegen Teilnahme am Eisenbahnerstreik im Jahre 1922 Verurteilten sowie auf Einstellung der aus dem gleichen Grunde schwebenden Disziplinarverfahren hinwirken.

Die Fraktion Ledebour fordert Amnestierung und Haftentlassung sämtlicher Inhaftierten und Verurteilten, die an revolutionären Kämpfen oder an der Abwehr reaktionärer Bestrebungen beteiligt waren.

Hg. Dr. Kahl (D.V.) fordert einen literarischen Dispositionsfonds zur Unterstützung juristischer Fachzeitschriften und Maßnahmen gegen die Not der Juristen. Er bestritt das Bedürfnis einer Reform der Bestimmungen über die Abfertigung und fordert die Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Eine allgemeine Amnestie müsste positiv nach rechts und links angewendet werden.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Reichsjustizminister Dr. Heinze:

Der Entwurf des Strafgesetzbuches liegt dem Kabinett vor. Seiner wird er wahrscheinlich in den nächsten Monaten nicht vorgelegt kommen, da sich im Kabinett kaum noch Zeit erübrigen lässt, um das bedeutungsvolle Werk mit der gebotenen Gründlichkeit durchzuarbeiten. Unter der Unmöglichkeit der Zeit leidet auch die Reform der Strafperiode. (Hr. links.) Ein Gesetzentwurf darüber liegt bereits dem Reichstag vor. Mit der Verabschiedung einer Novellierung der Strafgesetze werden auch die hauptsächlichen Vorkerichte für Ende finden. Nach einer vorgenommenen Prüfung sind wir hinsichtlich der Verabschiedung, dass die Vorkerichte der Reichsgerichte nicht widersprechen. (Rechts, hört links.) Nach der Verabschiedung kann niemand erwarten werden, den Eid in religiöser Form zu leisten, aber die Verabschiedung ist nicht nur, inwieweit der Richter beibringen über den selbstigen Eid zu erklären hat. Der vom Obersten Richter ausgesprochene Beschluss des Schöffengerichts Berlin ist daher rechtlich nicht zu beanstanden. (Große Unruhe links.) In Anbetracht der Tatsache, dass die Prozesse immer mehr aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit in die Schöffengerichtsbarkeit abwandern, ermahnen wir, ob nicht das Schöffengerichtserkenntnis mit größerer Sorgfältigkeit überprüft werden soll, indem wir es an die ordentlichen Gerichte stellen. Die Heberhebung des Reichsgerichts würde uns erhebliche Sorgen. In Anbetracht der Tatsache, dass das Reichsgericht ein Entwurf gegeben hat, der die unrichtigen Verfahren beseitigen soll. Der Minister wendet sich gegen die unrichtige Behauptung von aus dem Zusammenhänge gewählten Reichsgerichtspräsidenten durch die Reichslandkommission und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Reichsgerichte sich bald mit der Sache befassen lassen werden. Hinsichtlich der Sache über die Einsetzung des Reichsgerichts ist auch die Reichslandkommission der Reichsgerichte sehr wichtig. Es ist zu hoffen, dass die Reichslandkommission sich bald mit der Sache befassen lassen werden. Hinsichtlich der Sache über die Einsetzung des Reichsgerichts ist auch die Reichslandkommission der Reichsgerichte sehr wichtig. Es ist zu hoffen, dass die Reichslandkommission sich bald mit der Sache befassen lassen werden.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Hg. Brodau (Dem.) protestiert gegen die Gewalttätigkeit der Grande Nation im Ruhrgebiet und kritisiert scharf die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Das Urteil im Hardensprozess sei mindestens eine Rechtskränkung. In den Schwurgerichten hätten gerade die Träger der Republik eine zu geringe Vertretung.

Nach ihm sprach Asquith, der liberale ehemalige Premier, Es bestehe keine Notwendigkeit, Deutschland von der Zahlung der Reparationen freizusetzen zu entscheiden. Man könne auch nicht überrascht sein, daß Frankreich sich um seine zukünftige Sicherheit sorge. Wer es frage sich doch, ob es noch einen schlechteren Weg zur Regelung dieser Sicherheiten geben könne, als sich an der Diktatengrenze ein zweites Mal Vorkämpfen anzueignen.

Nach Asquith erwiderte Bonar Law das Wort. Zum Reparationsproblem habe England seinerzeit vorgeschlagen, daß Deutschland 2500 Millionen Pfund bezahlen solle. Auf dieser Basis wurde verhandelt. Er glaube, daß französische Gefühl der Unbereitschaft sei der Grund für die Verzögerung der britischen Reparationsverträge auf der Pariser Konferenz gewesen. Bonar Law machte dann einen leichten Hinweis auf die Ruhrkrise, indem er sagte, die französische öffentliche Meinung habe die Lage nicht erkennen wollen, ehe die Besetzung des Ruhrgebietes verjagt wurde. Ich habe gehofft, es wäre der Ministerpräsident weiter fort, wir würden den Wiederanbau Europas schneller an Schuler mit Frankreich ausführen können. Ich fühle es aber mit Gewißheit, daß Frankreich mit dem Einbringen dieses Weges etwas tat, was nicht allein für Europa, sondern auch für Frankreich verhängnisvoll werden könnte. Die Ruhr ist die Schranke des europäischen Wirtschaftslebens und Frankreich hat sich selbst mehr Schaden zugefügt als andere.

Bonar Law sprach unter der größten Aufmerksamkeit des ganzen Hauses. Die Debatte im Unterhause wurde dann von anderen Mitgliedern fortgesetzt.

Bonar Law hofft auf Interventionsmöglichkeiten.

Paris, 14. Februar.

In seiner Unterhaustrede sagte Bonar Law u. a. noch: Es kann der Fall eintreten, daß Frankreich oder Deutschland die Unannehmlichkeit der englischen Truppen im Rheinland unumgänglich machen werden. Das wäre ein beklagenswertes Unglück, da damit in einem weiteren Sinne des Wortes das Ende der Entente eintreten würde. Die französische Regierung habe sich auf ihren Plan verpflichtet und sei gebunden, ihn durchzuführen. England habe immer noch seine Truppen in Köln, aber es wisse nicht, ob es möglich sein werde, sie noch lange dort zu belassen. Die Frage sei noch nicht akut geworden, aber sie werde vielleicht akut werden. Immerhin, so fuhr Bonar Law fort, hoffe er, daß sich eine Lage einstellen wird die es England erlauben werde, in geeigneter Weise zu intervenieren.

Der Reichspräsident in Darmstadt.

III. Darmstadt, 14. Februar.

Reichspräsident Ebert ist gestern nachmittags von Mannheim kommend in Besetzung des Reichspräsidenten Oeder und des Staatspräsidenten Albert hier eingetroffen. Die Herren wurden am Bahnhof von dem hiesigen Staatspräsidenten Ulrich empfangen und führen darauf nach dem Staatsministerium, wo eine Begrüßung stattfand, zu der die Vertreter aller staatlichen und kommunalen Behörden, von Handel, Industrie, der Beamtenschaft und der Geistlichkeit, sowie zahlreiche Abgeordnete erschienen waren. Staatspräsident Ulrich begrüßte den Reichspräsidenten, worauf dieser eine Ansprache hielt.

Der Reichspräsident nahm Bezug auf seinen Besuch in Karlsruhe und stellte die völlige Uebereinstimmung hinsichtlich der getroffenen Maßnahmen fest. Die Arbeiterschaft habe in Karlsruhe im Verein mit der Einbertenschaft Schuler an Schuler in einer feierlichen Kundgebung Treue und Hilfe gelobt. Heute früh habe er mit den Vertretern von Handel und Industrie in Mannheim verhandelt. Auch hier gab es nur eine Stimme der Entschlossenheit und des festen Widerstandes. Den Einbruch in das Ruhrgebiet beurteile die Reichsregierung genau so wie den in das sächsische Land. Nichtsdestowenig Gründe hatten zu dem letzteren geführt, denn es drehte sich nicht um den Rhein, sondern um die alten Schreibungen der französischen Politik, den Norden vom Süden zu trennen. Die Staatspräsidenten von Baden und Württemberg hätten feierlich erklärt, daß man nicht daran denke, auch nur einen Quadratmeter deutschen Landes freiwillig frei zu geben. Der Reichspräsident schloß in einem Appell: Zusammenstehen ohne Unterchied der Weltanschauung. Die Parole müsse sein: Ein Wille, ein Weg und ein Ziel. Es gilt die deutsche Zukunft zu sichern.

Stimmlicher Beifall folgte den Ausführungen des Reichspräsidenten. Eine große Anzahl Redner brachte darauf ihre Wünsche und Äußerungen über die große Bedrückung zum Ausdruck.

Der hiesige Arbeitsminister gab dann eine Reihe von Mitteilungen über die bisher getroffenen und noch in Aussicht genommenen Schritte der hiesigen Regierung, wonach Reichsminister Oeder das Gesamtbild zusammenfaßte, die getroffenen Maßnahmen betraufte und die Hilfe der Reichsregierung zusicherte.

Der Reichspräsident begab sich kurz nach 9 Uhr abends wieder nach Berlin zurück.

Die unlösbare Regierungskrise.

SPD. Dresden, 13. Februar. (Eig. Drahtb.)

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stand wieder, wie vor acht Tagen, die Wahl des Ministerpräsidenten. Dem Vorschlag, der sich in der lebhaften Debatte voraus, in deren Verlauf die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung abgab, die sich zunächst gegen die Tendenzmeldungen bürgerlicher Blätter über die Stellung der Sozialdemokratie zur Regierungsbildung wendet und dann festsetzt, daß die Kommunisten durch den neuen Versuch, die sozialistische Regierung zu befestigen, den Bürgerlichen einen Einfluß im Staate entgegenzusetzen, der ihnen keineswegs zukommt. Die dann vorgenommene Wahl des Ministerpräsidenten verlief wiederum erfolglos. Auf den Genossen Brack erwirkten 40 Stimmen, Dr. Kasper von der Deutschen Volkspartei erzielte 19, der Deutschnationale Hoffmann 18, der Kommunist Bödiger 9 und der Demokrat Seyffert 8 Stimmen.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sofort nach Beendigung der Sitzung zusammengetreten, um zur Lage und den sich aus ihr ergebenden Notwendigkeiten Stellung zu nehmen.

Eine wertfeste Anleihe.

SPD. Daß eine enorme Preissteigerung infolge der Belegung des Ruhrgebietes eintraten würde und daß auch ganz naturgemäße, eine erhebliche Verschlechterung der Markt kommen mußte, war vorzusagen. Jeder den Sinn um die Einheitsfront, über der politischen Abwehr und über dem diplomatischen Gesichtspunkt hat man lange genug die Geschäftslage zu positiver Abwehr der Finanzengpässe vermitteln müssen. Schon sind die Großhandelspreise über das Maß des Fortschritts hinaus gestiegen.

Man beschränkt sich aber auf die Anwendung der alten Mittel, nur daß man ihre verschärfte Handhabung ankündigt. Das gilt insbesondere für das Mantelgesetz, das jetzt den Reichstag passiert hat und das sich in seinen wesentlichsten Teilen gegen die Schlemerei in den Gaststätten, gegen Alkoholmißbrauch und Verschwendung von Lebensmitteln wendet, in weiteren Artikeln der Regierung und ihren ausführenden Organen Ermächtigungen zum Erlaß von Notstandsbestimmungen gibt. Diese letzten Artikel erinnern an das Mantelgesetz zum letzten Steuerkompromiß. Das Mantelgesetz hat bekanntlich ein Besißhopper von einer Milliarden Goldmark vor und endete in der vollkommen wirkungslosen Zwangsanleihe. Aber gerade auf die Ausführung, auf den schnellen Erlaß wirksamer Maßnahmen, auf die schnelle Vorbereitung wirtschafts- und finanzpolitischer Eingriffe kommt es an. Die Regierung hat schon seit längerem verschärfte Maßnahmen über den Devisenverkehr angekündigt. Aus dem freiziehenden Berg kroch als lächerliche Maus ein Rundschreiben der Reichsbank, in dem sie die Banken aufforderte, Devisenbestände nicht mehr zu beleihen. Zweifellos eine wirksame und nützliche Maßnahme, nur daß ihre Durchführung auf die Dauer nicht durch das gemüthliche Zureden der Reichsbank garantiert ist. Neuerdings haben interessierte Handelskreise, an ihrer Spitze der Zentralverband des deutschen Großhandels, einen Vorstoß unternommen, der auf die Einführung wertbeständiger Wechsel und Goldkonten abzielt. Dieser Vorstoß ist symptomatisch. Bisher war es nämlich der Handel, der aus Papiermarkkrediten ungeheuren Vorteil gezogen hat. Allmählich aber beginnen auch hier die Schäden die Vorteile zu überwiegen, und so ist man bereit, Goldschulden einzugehen, wenn man nur auch die Möglichkeit einer wertbeständigen Anlage des vereinnahmten Papiergeldes erhält, ohne den Devisenmarkt in Anspruch nehmen zu müssen. Die Eingabe des Zentralverbandes des deutschen Großhandels enthält zugleich eine verächtliche Kritik an der gänzlich unruhigen Haltung der Reichsbank, die bisher sich jeder Neuerung auf diesem Gebiete entgegenstemmt hat, ohne Besseres zu schaffen. Auch bürgerliche Politiker, so am Freitag der Finanzkritiker des „Berliner Tageblatts“, Dr. Felix Pinner, sehen sich jetzt für die von der Sozialdemokratie seit langem propagierte Einführung wertbeständiger Anleihepapiere ein. Die Tatsachen ergeben also, daß die Sozialdemokratie vollkommen recht hatte, als sie schon seit Monaten diese Entwicklung voraussetzte und die Abwehr der Devisennot nicht nur auf lenkungslosem Verordnungen und gugemeinte, aber in ihrer Wirkungsmöglichkeit zweifelhafte Maßnahmen der Reichsbank beschränkt wissen wollte, sondern forderte, auch die sachliche Grundlage für eine Bekämpfung der Devisenspekulation zu schaffen, vor allem dadurch, daß wertbeständige Anleihen aufgelegt werden. Inzwischen sind Landesregierungen und Private damit vorangegangen. Die Roggen- und Kohlen-Verkaufslizenzen der letzten Zeit stellen bereits solche Anlagemöglichkeiten dar und ihre Erfolg ist geradezu verblüffend gewesen. Jede Anleihe dieser Art war binnen weniger Stunden oder Tage überzeichnet, die Nachfrage viel größer als das Angebot. Daneben müßte auch die Kreditpolitik der Reichsbank sich der bestehenden Kreditverteilung anpassen. Heute ist es so, daß die Reichsbank jährlich 12 Proz. ausgibt, die von den Kreditnehmern, den Banken, um wesentlich höhere Sätze, zwischen 50 und 300 Prozent, weiter verliehen werden. Selbstverständlich bedarf es einer Ergänzung dieser rein währungspolitischen Maßnahmen durch die Steuerpolitik, insbesondere einer schärferen Heranziehung des Besitzes.

Wenn die Notenpresse in dem wahnwitzigen Tempo, wie bisher, weiterläuft, so wird jede Aussicht auf eine Besserung der Valuta im Reime erloscht. Es ist notwendig, daß man an diese Maßnahmen mit größter Beschleunigung herangeht, zumal sie ja einer endgültigen Währungsreform nicht vorgezogen, vorläufig aber die schlimmsten Auswüchse am Devisenmarkt einzudämmen geeignet sind. Der Kampf um die Ruhr, der nicht in Tagen und Wochen beendet ist, wird nur dann mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn die Reichsregierung sich bemüht ist, daß sie mit allen Mitteln die innere Front aufrechterhalten muß.

Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschloß am Dienstag die Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen für die Erwerbslosen. Danach sollen erhalten: männliche Personen über 21 Jahre 1500 Mark oder wenn sie im Haushalt eines andern leben 1300 Mark, weibliche Personen über 21 Jahre 1400 bzw. 1200 Mark, minderjährige männliche Personen 1100 Mark und weibliche Personen 1000 Mark. Die Familienzuschläge sollen für Ehegatten 800 Mark und für Kinder 600 Mark betragen. Eine Entschädigung fordert von der Regierung den Vorschlag eines Schlüssels von 12 bis 15000 Mark, das als Grundlage für die automatische Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung dienen kann.

Vor neuen Kohlenpreiserhöhungen.

Berlin, 14. Februar.

Die am 15. Februar in Kraft tretende 100prozentige Erhöhung der Gütertarife wird sich voraussichtlich noch in dieser Woche in einer abermaligen Verteuerung der Hausbrandkohle auswirken. Es ist damit zu rechnen, daß am Sonnabend der Berliner Briketts sich auf etwa 7000 Mark und Steinkohle und Koks auf 12-15000 Mark stellen wird.

Der Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

II. Berlin, 14. Februar.

Das Zentrallichtungsgremium der deutschen Buchdrucker hat gestern in seiner Nachmittags folgenden Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe gefällt: Für die Zeit vom 19. Februar bis 3. März beträgt der tarifliche Wochenlohn in der Größe 57 000 Mk. Bis zum 20. Februar wurde eine einmalige Wirtschaftsbefehle in Höhe eines Sechstels des Tariflohnes der laufenden Woche zugeteilt. Es wird empfohlen, auf dem Wege der Vereinbarung für das bestmögliche Gebiet eine Sonderzulage zu bewilligen. Die Lohnhöhe bedingt in Verbindung mit der weiteren Materialerhöhung eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 75 Proz. ab 19. Februar.

Der Währungsanschluß des Reichstages beschloß bei der zweiten Beratung des Gesetzes über Währungsanschluß und Währungsanschluß, daß die Verteilung der Währung an den amtsgerichtlichen Schiedsgerichten nach den Vorschlägen der örtlichen Vermieter- und Mieter-Vereinigungen vorgenommen werden soll.

Ruhrdebatte im englischen Unterhaus.

Berlin, 14. Februar.

In London wurde gestern die Debatte über die Ruhrkrise durch den Premier des Unterhauses Lloyd George fortgesetzt. Er erklärte, daß die Ruhrkrise die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Er erklärte, daß die Ruhrkrise die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Er erklärte, daß die Ruhrkrise die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

„Nutzlose Ausfauung“

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Theodor Leipart, war von der französischen „Confederation Generale du Travail“ zu deren letzten Gewerkschaftskongress eingeladen, konnte die Reise aber nicht antreten; da ihm das Visum durch die französische Regierung verweigert wurde. In einem vom 31. Januar d. J. datierten Briefe an den französischen Gewerkschaftsbund wünscht Genosse Leipart den Verhandlungen einen guten Erfolg und erwartet, daß der Kongress „einen Schritt auf dem Wege der Völkerverständigung bedeuten würde“. Leipart erinnert daran, daß in gemeinsamen Verhandlungen der französischen und deutschen Gewerkschaften eine Verständigung über den Wiederaufbau der vom Kriege zerstörten Gebiete erzielt wurde, daß die deutschen Gewerkschaften eingehende Vorschläge zur Befreiung der zerstörten Kriegsgebiete unterbreitet haben, daß die französische Regierung diese aber nicht zur Ausführung kommen ließ. Gegenüber der in weiten Kreisen des französischen Volkes vertretenen Meinung, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen will, weist Genosse Leipart auf die ungeheuren Lasten ein, die der Besatzung hin.

Deutschland hatte vor dem Kriege in den besetzten rheinischen Gebieten eine militärische Besatzung von 70 000 Personen, denen Anfang Dezember des letzten Jahres 140 000 Personen der internationalen Besatzungsarmee gegenüberstanden. Vom Inkrafttreten des Friedensvertrages an bis zum 30. April 1922 hat Deutschland für die Besatzungsarmee insgesamt 3 000 410 000 Goldmark zahlen müssen. Dazu kommen noch die Leistungen für Unterkunft, Bauten, Verpflegung, Heizung, Beleuchtung und Transport, die sich für das Jahr 1922 auf 25 Milliarden Papiermark stellen, und die hohen Kosten der Interalliierten Rheinlandkommission, die nach dem Abkommen Deutschlands mit den Alliierten aus vier Personen bestehen soll, tatsächlich aber 1300 Personen umfaßt. Außerdem bestehen aber noch zahllose militärische Kontrollkommissionen, für die Deutschland im letzten Jahre 9,4 Milliarden Mark aufzuwenden hatte. Bis zum Abschluß des Waffenstillstandes unterhielt die deutsche Armee im besetzten rheinischen Gebiet Militärflugplätze in einer Größe von 1126 Hektar. Die Besatzungstruppen haben dazu noch 1303 Hektar auf Kosten Deutschlands verwendet. An Schieß- und Übungsplätzen beanspruchte die deutsche Armee 3800 Hektar. Die Besatzungsarmee hat zu demselben Zweck noch 3210 Hektar weiteres fruchtbares Gelände beschlagnahmt. Hierdurch ist die Ernährungslage der deutschen Bevölkerung natürlich weiter wesentlich verschlechtert worden. In zahlreichen Orten des besetzten Gebietes ist es überhaupt nicht mehr möglich, den Kindern Schulunterricht zu erteilen, weil die Schulen von den Besatzungstruppen für militärische Zwecke und zur Unterbringung der Familienangehörigen der Truppen beschlagnahmt wurden. Alle diese Angaben und Bemerkungen beziehen sich lediglich auf das alte besetzte Gebiet ohne das Ruhrgebiet.

Mit Recht stellt Leipart fest, daß man längst einen großen Teil der zerstörten Gebiete wieder hätte herstellen können, wenn man die vielen Milliarden nicht für die Besatzungstruppen und die Kontrollkommissionen hätte hergeben müssen. „Auch darüber“, so fährt er fort, „dürfte kein Zweifel bestehen, wie sehr diese nutzlose Verschwendung neuen Haß und neue Völkerverfeindungen hervorgerufen, ohne daß dem wirklichen Geschädigten in den zerstörten Gebieten etwas genützt wird. . . . Wer ernsthaft den Frieden unter den Völkern anstrebt, darf seine Hand nicht dazu heften, diese nutzlose Ausfauung des deutschen Volkes zum Schaden der wirklichen Reparationsleistungen noch länger fortzusetzen.“

Ueber die Folgen der Ruhrbesetzung, die angeblich erfolgte wegen der widerstandsfähigen Haltung Deutschlands in der Reparationsfrage, wird gesagt, daß die neue Besetzung mit ihren ungeheuren Lasten es dem deutschen Volke gänzlich unmöglich machen wird, die übernommenen Verpflichtungen in Zukunft zu erfüllen. „Und es ist in Deutschland nur eine Stimme, daß die französische Politik diese von jedermann vorauszu sehende Wirkung mit Absicht herbeiführen will.“ Leipart weist zum Beweise dafür, daß Frankreich keine friedliche Lösung wollte, auf den Verkauf der vielen internationalen Konferenzen hin, die seit dem Friedensschluß stattfanden. Immer leistete Frankreich Widerstand, immer scheiterten an diesem Widerstande die Bemühungen der Staatsmänner und der Finanzleute. Ueber die Vernunft triumphierte die Gewalt, jene brutale Gewalt, welche das deutsche Volk und besonders die deutsche Arbeiterschaft im Ruhrgebiet

jetzt in ihrem Nacken verspürt.“ Die geringen Verzehrungen in der Lieferungs von Holz und Kohle mußten den Vorrat für den Einbruch in das Ruhrgebiet liefern. Bei den Holzlieferungen betrug der Wert der Minderleistungen 2,5 Millionen Goldmark, bei den Kohlenlieferungen rund 21,5 Millionen Goldmark. Insgesamt hat Deutschland also im Jahre 1922 Sachlieferungen im Werte von 24 Millionen Goldmark weniger geleistet; das sind 15 Proz. der Gesamtleistung. Im Jahre 1922 wurden an Bar- und Sachlieferungen sowie im Ausgleichsverfahren zusammen 1605,7 Millionen Goldmark gezahlt. Außerdem hat Deutschland im selben Jahre in Ausführung des Versailler Vertrages noch sehr bedeutende Lieferungen in Papiermark gemacht, z. B. 12,9 Milliarden für abgelieferte Binnenfahrzeuge, 9,4 Milliarden für die Kosten der Interalliierten Kommission, 12,9 Milliarden für Kapitulationen, Substitutionen u. dergl., 15½ Milliarden für andere innere Ausgaben aus Anlaß des Vertrages von Versailles. Frankreich hatte ferner das Recht, nach dem Moratorium vom 21. März 1921, wo die deutschen Sachlieferungen auf 1450 Millionen Goldmark festgesetzt waren, für 950 Millionen Sachlieferungen zu fordern. Leipart fragt: Warum tat es dies nicht, sondern verzweifelte sich auf die angeblichen Verzehrungen bei Holz und Kohle? Und er gibt darauf folgende Antwort: „Weil Frankreich die Sachlieferungen von Anfang an systematisch sabotiert hat, und zwar trotz der Abkommen von Wiesbaden und Berlin, die große Erleichterungen für den Bezug von wertvollen Materialien und Maschinen für die zerstörten Gebiete gewährten.“ Zum Schluß gibt der Gewerkschaftsführer die Auffassung wieder, die in Deutschland über die französische Politik herrscht: für das offizielle kapitalistische Frankreich kann es sich gar nicht um deutsche Wiedergutmachungen, nicht um den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete handeln, denn die französische Politik ist direkt darauf gerichtet, die Wiedergutmachungen und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs zu verhindern.

Da die französische Regierung ihr Volk absichtlich nicht von den ungeheuren Leistungen unterrichtet, die Deutschland während der Zeit seit dem Waffenstillstand geleistet hat, kann man diesen Schritt des Genossen Leipart nur begrüßen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die französischen Gewerkschaften nicht versäumen werden, den Inhalt dieses Briefes und die Auffassung der deutschen Gewerkschaften über die Politik Frankreichs ihren Mitgliedern bekannt zu geben.

Nationale Schieber.

Leutnant Krull unter Anklage.

Die Arbeitgemeinschaft Kobbach und verjohenes Heeresgut spielten eine Rolle in einer Betrugsanfrage, die heute vormittag unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Langels vor der 2. Strafkammer des Landgerichts 1 zur Verhandlung gelangte. Angeklagt ist der vielgenannte frühere Leutnant d. R. Ernst Krull, gegen den bekanntlich auch der Verdacht bestand, daß er der geheimnisvolle Leutnant gewesen sei, der vom Trittbrett des Automobils vor dem Eden-Hotel Frau Rosa Luxemburg den tödlichen Schlag in die Schläfe gegeben habe. Bei der jetzigen Anklage handelt es sich um 500 Entlassungsanträge, die Leutnant Krull für die Arbeitgemeinschaft Kobbach von der Militärverwaltung in Empfang genommen und nach der Anklage für sich perwertet haben soll. Krull behauptete bei seiner ersten Vernehmung, daß er im Auftrage von Kobbach die Anträge angefordert, daß er dann aber von ihm den Auftrag erhalten habe, die Sache vorteilhaft zu verkaufen und den Erlös der Arbeitgemeinschaft zuzuführen. Es wurde dann ermittelt, daß der Angeklagte die Anträge einem Kaufmann R. F. zum Verkauf übergeben habe und, da sich die Veräußerung verzögerte, wurden die Anträge für 100 000 Mark Lombardiert. Nach Behauptung der Anklage soll Krull das Geld für sich perwertet haben.

Rechtsanwalt Bahn hatte zur Verteidigung des Angeklagten die Ladung des Leutnants Krull beantragt. Dieser war aber zum heutigen Termin nicht erschienen. Der Vorsitzende war der Meinung, daß man auch ohne ihn auskommen könne, da aus den Akten festzustellen sei, daß die Anträge an sich für entlassene Mannschaften angefordert waren. Der Angeklagte ist aber der Meinung, daß er auf die Beschreibungen zu der Arbeitgemeinschaft Kobbach in breiter Weise eingehen müsse und Rechtsanwalt Bahn beantragte, für diesen Punkt der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen. Das Gericht stellte aber

den Beschluß hierüber zurück, um zu prüfen, ob man auch so verhandeln könne. Aus den alsdann zur Verlesung gelangten Aktenfäden geht hervor, daß die Arbeitgemeinschaft Kobbach, die aus der Sturmabteilung Kobbach hervorgegangen war, gemäß einem Schreiben des Reichswehrministers vom 4. März 1920 aufgelöst werden sollte und daß Anträge und Bände für die zur Entlassung gelangenden Mannschaften fehlten. Da die Entlassung bis zum 15. März durchgeführt werden sollte, seien die Anträge bei den zuständigen Intendanturstellen anzufordern. Zu der Aufklärung ist es dann aber infolge des Rapp-Bußches nicht gekommen. Erst am 24. November 1920 gab Oberst Graßmann Anweisung an das Wehrkreis-Kommando 2 in Stettin, Entlassungsanträge für 500 Mann der Arbeitgemeinschaft Kobbach anzugehen, da die Leute Anspruch darauf hätten. Der Angeklagte erklärt, daß er seine erste Aussage gemacht habe lediglich um abzuwarten, ob Anträge erhoben werden würde. Er habe alle politischen Komplikationen vermeiden wollen. Seine damalige Aussage sei aber vollständig hinfällig. Aus weiter verlesenen Schreiben folgert der Vorsitzende, daß Krull gewußt haben müsse, daß ohne die Herausgabe der Anträge erfolgte, der Nachweis für jeden einzelnen Mann geführt werden müßte. Major Kienitz habe das aber aus dem Schreiben nicht herausgesehen, sondern dasselbe als eine allgemeine Anweisung betrachtet und die Anträge ohne Prüfung überwiesen. Rechtsanwalt Bahn bestritt, daß der Angeklagte aus dem Schreiben die Notwendigkeit des detaillierten Nachweises erkennen konnte. Der Angeklagte bestreitet auch, daß ihm mündlich nach dieser Richtung hin Anweisungen gegeben worden seien.

Der Vorsitzende hält Krull weiter vor, daß Leutnant Kobbach bestritten habe, ihm den Auftrag gegeben zu haben, die Anträge zu verkaufen und den Erlös an die Arbeitgemeinschaft abzuführen. Der Angeklagte stellte dies entschieden in Abrede. Nach Angaben des Zeugen Fries, der heute nicht erschienen ist, in der Voruntersuchung hat Krull bei ihm 45 000 Mark Schulden gehabt, die er zusammen mit seiner Provision um 5 Prozent abgab, so daß Krull bei dem Verkauf der Anträge etwa 125 000 Mk. herausbekam. Von dieser Summe gingen noch 40 000 Mark ab, an zwei Vermittler, die nach Angaben Krulls für ihn bei der Beschaffung von Waffen tätig waren. Den Rest von 85 000 Mk. hat Krull dann von Fries ausgezahlt bekommen. Vorj.: Wo ist denn nun die Summe von 85 000 Mark, die sie von Fries ausgezahlt erhielten? Angekl.: Die Mannschaften hatten inzwischen durch Kobbach bessere Anträge bekommen, die aus Mitteln beschafft waren, welche der Pommerische Landbund zur Verfügung gestellt hatte. Rechtsanwalt Bahn: Man muß sich vergegenwärtigen, daß es sich nicht um eine reine Arbeitsvermittlungshandlung handelte, sondern um eine politische Organisation zum Schutze der Landwirte gegen die Kommunisten, die auf die Güter kommen wollten. Es geschah alles im Einverständnis mit Kobbach. Vorj.: Kobbach bestritt aber, den Auftrag gegeben zu haben. Rechtsanwalt Bahn: Es handelt sich um hochstehende rechtspolitische Kreise und Abgeordnete. Vorj.: Dann wäre es vielleicht besser zu sagen, wer er ist, damit nicht eine Partei grundlos in Verdacht kommt. Rechtsanwalt Bahn: Es sind Leute aus der deutschen politischen Bewegung. Deshalb ist wohl auch Herr Kobbach hier nicht erschienen. Rechtsanwalt Bahn unterbreitet dem Gericht eine Reihe von Beweisanträgen nach dieser Richtung hin.

Das Gericht läßt hierauf eine kurze Pause eintreten.

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Februar.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	13. Februar.	12. Februar.
Amsterdam	1 fl.	10922.62
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1508.71
Kristiania	1 Kr.	5211.98
Kopenhagen	1 Kr.	5236.57
Stockholm	1 Kr.	7831.62
Helsingfors	1 Finn. Mk.	728.17
Rom	1 Lire	1835.65
London	1 £	129675.—
New York	1 Doll.	27830.77
Paris	1 Frs.	1708.21
Zürich	1 Frs.	5211.98
Madrid	1 Peseta.	4299.12
Wien	100 Kr.	39.80
Prag	1 Kr.	822.98
Budapest	1 Kr.	10.59

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Lillier.

24. Fortsetzung.

Cornelius verzehrte also, indem er über ein mathematisches Problem nachdachte, eine Omelette von sechs Eiern, drei große Schmitze von einem ausgezeichneten Landhirschen und trank ein Maß Landwein dazu.

Das Haus des Herrn Desalleagnes lag gegenüber dem Gasthause der Mutter Simone. Luise konnte von ihrem Fenster aus alles sehen, was im Wohnzimmer vorging. Es war halb elf Uhr und sie beobachtete Cornelius mit Ungeduld. Endlich hatte der Geselle sein letztes Glas Wein ausgetrunken und erhob sich, aber in den Gedanken an Luise hatte er des alten Desalleagnes vergessen. Er zog einen großen Stuhl aus der Ecke und begann, die weiße Wand des Zimmers kreuz und quer mit Gleichungen und taballistischen algebraischen Zeichen zu bedecken. Luise stampfte vor Ungeduld mit den Füßen. Ihr Vater hatte schon ein frisches Hemd verlangt und der Stuhl des Bauers ging noch immer keinen Weg. Sie jandte ihm nun einen Kirzstern, der von sicherer Hand geschneit, zu der Pfeil des Hippolyt, den Geliebten gerade auf die Nase trat.

Cornelius rief sich die Nase.

„Das ist merkwürdig“, sagte er: „wenn ich im Freien wäre, würde ich glauben, daß mir ein Aerolith auf die Nase gefallen sei.“

Und er nahm seine Gleichungen wieder auf.

Vater Desalleagnes hatte schon seine weiße Halsbinde umgelegt und die Kniehosen angezogen.

Luise hielt sich nicht mehr vor Ungeduld. Sie lief auf die Straße und zur Mutter Simone hinüber, die vor der Türe saß.

„Amme“, rief sie ihr zu, „tu mir den Gefallen und bestelle dem Cornelius von mir, daß er ein Stoffel ist.“

„Weshalb soll ich dem jungen Manne so etwas sagen? Er hat mir erst heute früh zwölf Sou gegeben, daß ich zum Krämer gegangen bin und für ihn einen Rechnungsbuch gekauft habe.“

„Ja, er macht einen schönen Gebrauch von deinem Stuhl, arme Amme. Geh nur in dein Schlafzimmer und du wirst es sehen.“

Und sie verschwand.

Mutter Simone bog sich also in das Schlafzimmer, denn Luisers Wünsche waren Befehle für sie; aber beim Anblick des entsetzlichen Getöse, womit Cornelius das jungfräulich weiße Gewand des Schlafzimmers bedeckt hatte, vergaß sie ihre Boshaft.

„Wie, Herr Cornelius, Sie, ein Mann von vierundzwanzig Jahren, bemalen die Wände mit Schnurren, wie ein kleiner Junge?“

„Schnurren? Nähigen Sie Ihre Ausdrücke, Mutter Simone; das sind keine Schnurren, das sind Gleichungen dritten Grades.“

Und er fuhr fort zu rechnen.

„Herr Cornelius, soll ich Ihnen dieses Stück Holz aus der Hand reißen?“

„Erlauben Sie, Mutter Simone, ich beende nur eine kleine Rechnung.“

„Ja, eine kleine Rechnung“, jammerte Mutter Simone: „zwei Ellen weiße Wand sind schon verdorben. Wenn Sie so fortfahren, wird in acht Tagen kein weißes Plätzchen mehr im Hause sein.“

„Das ist wahr“, entgegnete Cornelius, „es tut mir leid. Ich hätte bedenken müssen, daß ich Ihre Wände beschmutze. Sie werden mir bitten, eine schwarze Tafel und Kreide herüber bringen zu lassen.“

„Ah, richtig“, sagte Mutter Simone und schlug sich vor die Stirn. „Fräulein Luise hat mir ja aufgetragen, Ihnen zu sagen, daß Sie ein Stoffel sind.“

„Wer? Ich? Ja, wahrhaftig ich bin einer. Luise hat recht.“

Rasch Mutter Simone, meinen Kopf!“

Cornelius schlüpfte in seinen Rock, steckte die Serviette, die er für sein Taschentuch hielt, in die Tasche und fürzte weg. Mutter Simone folgte ihm und büschelte ihn noch im Laufen von hinten ab.

„O, Herr Cornelius“, rief sie, „Sie verlieren Ihr Vorhemdchen, Ihre Schutzhülle ist aufgezogen.“

Aber der Geselle dachte nichts hören wollen; er war schon im Hof des Vaters Desalleagnes, wo er Luise traf, die zu ihm schloß.

„Meiner Frau, Herr Cornelius“, sagte sie zu ihm. „Sie sind wirklich reizend mit Ihrer Recherei.“

„Du hast recht, Luise“, sagte Cornelius, „ich bin recht langweilig mit meiner Recherei. Aber ebenso wie es Pflanzen gibt, in denen jeder Saffirtröpfchen Glanz und Duft ist, so gibt es andere, die nur harte und ungeliebte Blätter hervorbringen. Gott, der dich schuf, um zu entzünden, laß mich, um zu rechnen. Ist es mein Fehler, wenn ich rechne? Kann die flüchtige Nachtigall dem Hasen einen Vorwurf daraus machen, daß er fräht? Kann der Schmetterling, der vom Blütenstaub lebt, es dem Regenwurm als Verbrechen anrechnen, daß er die nasse Erde

zeldes trift? Ich habe zwei Leidenschaften, eine große und eine kleine, die Mathematik und Luise. Du, Luise, herrschst als Königin über meine Seele; du liebst alles, was in mir läuft, was sich in mir regt; lasse doch wenigstens den armen Ziffern einen kleinen Platz in meinem Leben. Benedide der Herr, der in einem schönen Schlosse herrscht, die Spinnne um den Dachstuhl, in dem sie ihr Nest spinnt. Mit dir würde ich noch rechnen, denn der Vogel, der sein Nest in der Dose hat, ruht sich zuweilen in der Wüste aus; aber ohne dich, Luise, würde ich nicht mehr rechnen. Alles, was von den Verstandeskraften in mir ist, würde zerbrochen sein und ich könnte nur noch weinen. O, ich liebe dich, ich liebe dich!“

„Cornelius“, rief Luise, „wenn der Rabe von seinem Weiden erwartet wird, unterhält er sich nicht damit, auf seinem Baum albernem Zeug zu schnattern. Es ist mir gelungen, zu verhindern, daß mein Vater nach Clamecy geht, aber ein zweitesmal würde es mir wahrscheinlich nicht glücken.“

„Luise, du Schatz von Liebe und Gewandtheit, wie hast du es angefangen, um deinen Vater zu verhindern, nach Clamecy zu gehen?“

In diesem Augenblick trat Belle-Plante schweigend und feuchend ein.

„Mein Gott, Herr Belle-Plante“, rief Luise, „wie erhitze Sie sind! Wollen Sie eine kleine Entschuldigung haben?“

„Großen Dank, mein Fräulein; Ihr Herr Vater ist wohl nicht mehr zu Hause?“

„Nein, Herr Belle-Plante, er hat Sie lange erwartet, aber da Sie nicht kamen, ist er nach der Wiege von Chevroches gegangen, um nach seinen Mähern zu sehen.“

„Dieser verdammte Panische ist schuld daran. Der Kerl soll mir Ostern nach seinen Oberbüchern kommen. . . . Seine Frau kommt er und meldet mir, daß einer meiner Mähern im Hahnen von Armes steden geblieben ist und daß einer von meinen Mähern asphänt hat. Ich rannte hin und glaubte, zur Zeit wieder zurück zu sein, aber als ich hinkam, gab es so wenig einen steden-gebliebenen Mähern und einen abgehörnten Mähern wie in Ihrer Stube.“

„Aber“, sagte Cornelius ernsthaft, „das ist sehr schlecht von einem Mann der Kirche; du mußt dich bei seinem Pater beschweren.“

„Wirklich hat Panische sich eingebildet, daß heute der erste April ist“, rief Luise.

„Ich werde schnell nach Chevroches laufen“, sagte Belle-Plante; „wenn ich Ihren Vater treffe, wird es noch Zeit sein, wegen unseres Geschäftes nach Clamecy zu gehen.“

Fortsetzung folgt.

Uhren, Goldwaren
An- und Verkauf

Reserviert für Goldschmied
Tollgreve
Königsstraße.

A. N. Becker
Uhren u. Goldwaren
Holtenstraße 40.

***** Brillanten *****
* Gold, Silber, Platin, Doublee *
(Bruch und Gegenstände)
* Uhren, Schmuckstücke usw. *
* kauft käuflich *
* Carl Michaelsen, Goldschmied *
* Mühlenstraße 3, am Klängenberg. *

Reserviert für
M. Brennmann

Reserviert für
Otto Grüneberg



So wie dieser schwören Tausende
auf die Haltbarkeit der Leder- u. Gummisohlen und Absätze von der
Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei
Großbetrieb
50 Huxstraße 50
Robert Jentzen.

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft Lübeck
G. m. b. H. ☛ Tel. 8423.
Ausführung sämtlicher Arbeiten in Hoch- und Tiefbau, sowie in Eisenbau.
Eigene Werkstätten für Tischler, Maler, Klempner, Installateure und Dachdecker.
Reparatur alle in jeder Hinsicht nachnehmender Arbeiten unter Inanspruchnahme der besten Werkzeuge und Material.
Büro: Neugstraße 23.

Reserviert für
Otto Schumann
Reparatur- und Verkauf

Fernsprecher 818 und 819



An der Untertrave 111/112

KOHLEN-KONTOR

G. m. b. H.
Kohlen * Koks * Briketts * Holz

WULLBRANDT & CO.

G. M. B. H.

✂ Kohlen * Koks * Briketts ✂

Hauptkontor: Schlüsselbuden 16. * Annahmestelle: Rosengarten 10. * Fernsprecher: 3437/38.



Kohle für Hausbrand, Industrie und Bunkerei



Maass & Elmenreich, Lübeck
Kontor: Breite Straße 83.
Lager: Falkenstr. b. Burgtör.
Fernspr. 8610, 8604, 8996.

Geschäftliche Rundschau
und
Leistungs-Dauer-Fahrplan

In Lübeck ankommende und abgehende Züge:

Hamburg				Eutin				Büchen				Travemünde			
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Eutin	Lübeck	Eutin	Lübeck	Büchen	Lübeck	Büchen	Lübeck	Travemünde	Strand	Nieder
5:45	7:35	5:50	7:35	7:15	8:10	8:00	9:15	6:54	7:45	5:22	6:04	6:15	6:04		6:22
		7:00	8:44	5:50	8:05	1:00	2:47	11:45	1:00			2:07	2:47		3:15
						5:50	6:52	7:22	8:40			6:52	7:30		7:58
11:08	12:35	8:40	D 9:57												
1:05	2:55														
		12:22	1:56												
4:17	5:58	3:38	5:16												
		5:15	6:44												
7:02	9:00														
8:05	9:15														
9:05	10:47	7:17	9:25												
9:38	11:17														
		11:45	1:05												

Reserviert für
HAGEN & CO.

Biehl & Fehling
Kohlen-Abteilung
Koks + Kohlen + Briketts
Fernruf: 1033, 8257, 494. ☛ Kontor: Mühlenstraße 48.

Max Boye, Kohlenhandlung
Fernspr. 8441 Lager: Falkenstraße b. Burgtör Fernspr. 8441
empfiehlt:
1a. gesiebte Niederlausitzer Braunkohlen für Zentralheizung, Öfen und Herdfeuerung.
Billigste Preise!

Reserviert
Busse & Lipp
Automobile.

Behrmann & Kock
Fernruf: 2959 ☛ Engelsgrube 58
Reparatur-Werkstatt
für Automobile und dergleichen.
An- und Verkauf von Automobilen, Motorrädern und Zubehör.
Fabrräder.

C. BÜSSEL, Huxstraße 31
Annahme von Wolle z. Spinnen u. Färben.

Wer es noch nicht weiß,
der überzeuge sich selbst, daß meine Preise für
Gold, Silber, Platin, Bruch, Gebisse, goldene Uhren, Brillanten
b. keiner anderen Ankaufstelle überbietbar sind.
D. Taschimowitz,
Pflaumenstraße 13, Flureingang.
Bitte auf Firma und Hausnummer achten!

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
kauft stets zum Dollarkurs
H. Kühn, Pflaumenstr. 13

Willi Westfeling
32 Holtenstraße 32
Ankauf von Gold, Silber und Platin
zu den höchsten Tagespreisen.

J. L. Würzburg
Wahmstraße 22a Fernsprecher 753
Fellgrosshandlung
Ankauf von Fellen und Tierhaaren.



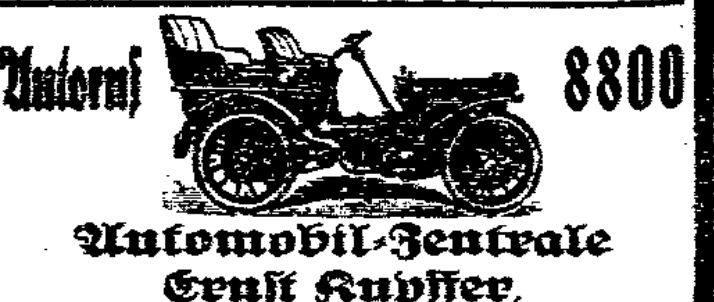
Gummischäden
an Fahrraddecken repariert
Dampf-Vulkanisier-Anstalt Hermann Wildhagen.
Fabrikmäßig eingerichtet!
Beckergrube 54. Fernruf 8383.

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 63
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723
Koks + Kohlen + Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

Erich Schauer, Emaillehaus
Königsstraße 45.

Elektro-Fabrik
Huxstraße 47 Lübeck Beckergrube 21
Fabrikation und Großhandel
in Elektrotechnik.

Reserviert für **W. BRANDT**
Plan- u. Flaggenfabrik. Fernruf 309.



Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 14. Februar.

Seiter Winter.

Im Dezember, Januar und Februar muß man in unseren Breiten immer auf Frost und Schnee gefaßt sein. Aber mit diesem Winter ist es uns gegangen wie dem Schulklassen, der mit zagendem Herzen von Schwabe zu Schwabe hofft, daß ihn der Lehrer nicht heranzieht, und der dann in der letzten halben Stunde doch noch nachkommt und reinfällt. Auch wir hatten gehofft, daß in der Zeit der Keit der Winter uns verschonen werde. In der Tat ging der Dezember hin und der Januar, ohne daß man vom Winter sonderlich etwas merkte. Nur mit Regen versehenen die Wettermacher uns nicht. Der Februar kam ebenso lind daher. Heimlich jabelle alles: „Diesmal faßt er uns nicht, der gestrenge Herr Winter, diesmal nicht!“ Aber da, im letzten Augenblick, als man glaubte, durch die kalte Luft in den Frühling hinein zu entweichen, drehte er sich... und alles rinas-um eskalierte. Schlimm ist diese kalte Kälte für alle, die sich nicht warm kleiden und gut ernähren und nicht den Ofen heizen können. Und da es auch mit der Erwärmung des inneren Menschen, wenn man sich nicht gerade mit „Gesundheitskaffee“ oder „deutschem“ Erfräcker erneut aufwärmen will, höchst bedäufel ist, so bedeutet der unerwartete grobe Vorstoß des zu Ende gehenden Winters eigentlich einen ganz gemeinen und verbotenen Vorschub auf den hungrigen Magen des irrenden Volkes. Aber da tue einer mal was dagegen!

Ueber die Wetterausichten wird gesagt, daß die Trockenheit, die mit der niedrigen Temperatur verbunden ist, nur hin und wieder durch kleine Schneefälle unterbrochen wird. Zurückzuführen ist die Kälte auf ein mächtiges Hochdruckgebiet, das über Skandinavien, Finnland und Nordrussland liegt und bei ständigen lebhaften Schwinden seine Lage noch nicht verändert hat. Ein großes Tiefdruckgebiet liegt über den Alpen und zieht von dort über der Balkan. So daß das augenblickliche Wetter noch eine Weile beständig bleiben soll.

Die Kälte machte sich am empfindlichsten im nördlichen Deutschland bis nach Dresden hin bemerkbar, wo 7 bis 9 Grad unter Null herrschten. Im Süden ist es wärmer, München hat nur ein Grad Kälte, Frankfurt a. M. sogar ein Grad über Null, Aachen 5 Grad Wärme, Dresden im östlichen Russland hat 27 Grad. Saporanza in Schweden 25 Grad Kälte, dagegen Spitzbergen 3 Grad Wärme.

Ermäßigungen bei der Lohnsteuer.

Der Reichsrat nahm gestern eine Verordnung an, durch die die Bestimmungen des Paragraphen 45 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes über die Steuerermäßigungen bei der Lohnsteuer neu geregelt werden. Die Verordnung bestimmt, daß die Ermäßigungen für die Steuerpflichtigen für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder vom 1. März ab gegenüber der Dezemberbemessung verdreifacht werden. Auch bei den Werbungskosten wird eine Erhöhung auf das Dreifache vorgeschlagen. Der Lohn von zehn Prozent des Arbeitslohnes ermäßigt sich demnach für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung um je sechshundert Mark monatlich, für jedes minderjährige Kind um dreitausend Mark monatlich, zur Abgeltung der Werbungskosten um dreitausend Mark monatlich (entsprechend sind die Ermäßigungen für den Fall der Lohnzahlung nach Wochen, Tagen oder Arbeitsstunden). Die letzten sechs wachen Arbeitstage im Monat Februar sollen nun Steuerbefreiung genießen. Diese Befreiung soll nur denjenigen Lohnsteuerpflichtigen zugute kommen, deren gesamtes steuerbares Einkommen die Grenze nicht übersteigt, bis zu der bei der Veranlagung für 1922 ein Satz von zehn Prozent erhoben wird.

Der neue Gaspreis.

Von der Direktion der Gas- und Wasserwerke wird uns u. a. geschrieben: Die weitere 80prozentige Kostensteigerung im Februar sowie die Verdoppelung der Frachtkosten bedingt eine erneute Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise mit Wirkung vom 1. Februar. Die Preise erhöhen sich für Gas von 344 Mk. auf 690 Mk., für Lichtstrom von 912 Mk. auf 1680 Mk., für Kraftstrom von 620 Mk. auf 1100 Mk., für Wasser von 212 Mk. auf 396 Mk. Die Verwaltung der Werke ist sich bewußt, daß diese Preiserhöhung für ihre Abnehmer zu tragen außerordentlich schwer sein wird, jedoch bleibt ihr, um die Werke im Betriebe zu erhalten, keine andere Möglichkeit, als zu dieser Preiserhöhung zu schreiten. Wie die untenstehende Tabelle zeigt, waren bisher die Lübecker Abnehmer nicht unbilliger gestellt als diejenigen anderer Städte. Im Oktober, November, Dezember und Januar lag Lübeck ganz erheblich bei den Gaspreisen unter dem Durchschnitt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die in der Tabelle angegebenen Preise in Lübeck nicht mit voller Wirkung in den einzelnen Monaten erhoben wurden.

Das direkte Inkassoverfahren ist inzwischen so weit verallgemeinert worden, daß von diesem Monat ab je Woche in der 1. Woche des Monats die innere Stadt, in der 2. Woche die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud, in der 3. Woche die Lorenz zur Eingliederung gelangt. Die 4. Woche wird zur Einholung der Rechnungen und zur Feststellung des Monatsabschlusses benutzt. Es wird also in Zukunft nicht mehr notwendig, daß in ein und derselben Straße verschiedene Preise in Rechnung gestellt werden. In dieser Woche, als der 2. vollen Monat Februar, finden die Erhebungen demgemäß in St. Jürgen und St. Gertrud statt.

Der Vergleich mit den Nachbarstädten ist folgender:

Ort:	Oktober	November	Dezember	Januar
Altona	30,—	90,—	150,—	240,—
Bremen	30,—	60,—	122,—	210,—
Hamburg	31,—	68,—	155,—	255,—
Kiel	22,50	67,50	147,50	225,—
Lübeck	29,—	52,—	125,—	185,—
Rostock	28,—	60,—	140,—	200,—
Schwedt	39,—	61,—	120,—	200,—
Stettin	55,—	65,—	130,—	250,—
Stralsund	30,—	40,—	120,—	160,—
Wismar	36,—	56,—	130,—	200,—
	343,50	709,60	1489,50	2535,—
Mittel:	31,—	64,50	135,—	212,50
Lübeck	— 6,5 %	— 19,4 %	— 7,4 %	— 27 %

Treten bis 1. März keine weiteren Veränderungen ein, so werden sich die Verrechnungspreise in den einzelnen Wochen für Gas wie folgt stellen: In der Woche vom 11. bis 17. Februar Mk. 212,—, vom 18. bis 24. Februar Mk. 322,—, vom 25. Februar bis 3. März Mk. 455,—, vom 4. bis 10. März Mk. 581,—.

Die Verdoppelung des Gaspreises wird natürlich auch dadurch nicht gemindert, daß die Lübecker bisher mit dem Gaspreis gegenüber anderen Städten billiger dazugekommen sind. Augenblicklich hat Lübeck Hamburg um 10 Mark überflügelt. Allerdings wurde in Hamburg betont, daß der Mißpreis eigentlich 320 Mk. betrage, doch glaubte man, den Sprung nicht auf einmal so hoch wagen zu können. Wir fühlen wohl ebenso wie jeder andere, daß diese neue Belastung unerträglich ist. Aber in den hauptsächlich wichtigsten von der Gasmanufaktur können wir trotzdem nicht einstimmen. Denn in jener Zeitungsfabrik kennt man ganz genau die Ursachen der ständigen Mißpreisbildung. Sie hat nämlich an der Verteilung der planmäßigen Lebensmittelverteilung mitgewirkt, sie hat für den Siegesfrieden unendlich viel Druckerschwänge verwandt und aus den zerfallenen Maschinen die besten deutschen Erzeugnisse auch heute noch nichts gelernt. Deshalb ist die Frage der Gasmanufaktur, wofür die fortwährende Verteuerung führen soll, eitel Schaumflaumerei und zwar umso mehr, als man in der Kämpfstraße auch wissen muß, wer die meisten Steuern bezahlt. Da gerade die Zeitungsfirmen Coleman stets gegen die sozialistische Regierung wetterte und für Sachminister ihr kostbares Blut einsetzte, ist diese Frage um so dummer. Denn nun ist ja ihr Wunsch erfüllt. Wenn die Gasmanufaktur heute diese Frage trotzdem stellt, dann bekundet sie damit auch die Unzulänglichkeit ihrer Klassenminister, die mit ihr dazu erfordern waren, die Fragen zu beantworten und nicht zu flüchten. Aber auf Erfüllung des Versprochenen kommt es der bürgerlichen Presse weniger an als auf volksverderbliches Wortgedrösel.

Die Ware soll verkauft oder zur Ausfuhr freigegeben werden — nur nicht für die Bevölkerung zu erschwinglichem Preis. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß sich die Zwiebelbauern in großer Sorge befinden, weil der Segen der Ernte zu groß war und ihr Spekulationslager zu verderben drohten. Der brave Deutsche kam natürlich nicht der zumütigenden Gedanke, durch einen fühlbaren Preisnachlass die Zwiebeln unter das Volk zu bringen, sondern sie wandten sich an die Regierung und fordereten Ausfuhrerlaubnis. Das Landwirtschaftsministerium antwortete nun auf eine sozialdemokratische Anfrage: Es handelt sich um 80000 Zentner Zwiebeln aus verschiedenen Distrikten wie Kalle, Wittenberg usw., wo im letzten Jahre eine außerordentlich gute Zwiebelernte zu verzeichnen war. In vielen Fällen wurden 140 bis 150 Zentner pro Morgen geerntet. Die Produzenten hatten die Freigabe der Ausfuhr für mehr als 120000 Zentner gewünscht; sie wurde nur für 80000 Zentner bewilligt, weil bei den hohen Transportkosten mit einem Preisrückgang in anderen Gebieten kaum zu rechnen war und die Zwiebelmengen infolge der Kälte zu faulen und zu verderben drohten. Obwohl grundsätzlich gegen die Ausfuhr von Zwiebeln, haben sowohl der Regierungspräsident von Magdeburg wie das Staatsministerium von Anhalt, die Landwirtschaftskammern der Provinz Sachsen und von Anhalt, sowie die Halberstädter Handelskammer, sich in diesem besonderen Falle für die Freigabe der Ausfuhr ausgesprochen. — Gründe sind billig wie Krambeeren. Bei der Ernte waren die Transportkosten noch nicht so hoch, daß sie veräußernd ins Gewicht fielen. Aber ein billigeres Angebot hätte die Preisinzubereit anderwärts hinfügelte.

Verbesserte Zugverbindung. Die infolge der Einschränkungen im Personenfahrplan ausgefallenen Züge: E 80 Altona ab 7,40 abends, Hannover an 11,12 abends und E 77 Hannover ab 7,40 abends, Altona an 11,27 sind vom Montag ab wieder in den Fahrplan aufgenommen. Hierdurch werden die wichtigsten Verbindungen: Lübeck ab 5,30 nachmittags, Lüneburg an 8,22, ab 8,42 abends, Hannover an 11,12 abends und Hannover ab 7,40 nachmittags, Lüneburg an 9,58, ab 10,40, Lübeck an 1,00 nachmittags wieder hergestellt.

Eine Versammlung der Hotel- und Gastwirtsangehörten fand am Montag abend 12 Uhr in der Parkhütte statt. Vom Reichsbund und Zentralverband war die Versammlung gemeinsam einberufen. Das Referat hielt Stecke-Hamburg. Durch das Referat und ebenso durch alle Diskussionsreden zog wie ein roter Faden die traurige Feststellung, daß die Vereinerung im Gastwirtsberuf — für Prozentempfänger und für Festlohn-Löhnte — unmögliche Formen angenommen habe, und daß mit noch größerem Elend gerechnet werden muß, wenn es nicht in kürzester Zeit gelingt, der Einheitsfront der Unternehmer auch eine kampffähige und entschlossene Einheitsfront aller Arbeitnehmender entgegenzustellen. In diesem Sinne zu wirken, war das Versprechen sämtlicher Redner. Bemerkenswert war die Ruhe und die sachliche Debatte der späteren Versammlung.

Eine Selbstverständlichkeit. Das Tragen politischer Abzeichen durch Postbeamte hat wiederholt zu unerwünschten Auseinandersetzungen, namentlich im Schalterverkehr, geführt. Das Reichspostministerium hat deshalb das Tragen derartiger Abzeichen im Dienst allgemein untersagt. Als solche werden u. a. bezeichnet: Hakenkreuze, Sonnenfarnen, farbige Schleifen.

Die Einweihung von Chrentafeln im Lehrseminar wurde am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung vorgenommen. Die Feier wurde durch den Traxermarkt aus „Saul“ von Händel eingeleitet, den auf der Orgel Professor Stahl und am Klavier Herr Seminarlehrer Eberding zum Vortrag brachten. Direktor Dr. Möbus schilderte u. a. die Einwirkung des Krieges auf das Leben im Seminar und forderte zu vorbildlicher Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe auf. Von den etwa 100 Kriegsteilnehmern — Lehramt und Seminaristen aus dem 31.—30. Kurkurs — sind 93 gefallen, deren Namen auf den neuerrichteten Chrentafeln verewigt sind. Weitere Ansprachen, Gesänge und Kranzniederlegungen beschloßen die Feier.

Lübecker Künstler auf Reisen. Eva Döhle, das geschätzte Mitglied unserer Oper gasteierte dieser Tage wiederholt mit großem Erfolge in Kiel. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ schreibt über ihre Leistung als Gast in „Zigeunerharem“: „Diese prächtige, gefühlvoll reich bedachte Figur wurde durch Frau Döhle, den Gast des Abends, in glänzender Weise verkörpert.“ — Willy Kann wurde nach erfolgreichem Gastspiel aus dem Dresdener Staatstheater engagiert. Mit Willy Kann verließ unser Stadttheater eine der wichtigsten und bestbezahlten Künstlerinnen — Kapellmeister Stefel dirigierte in Wien unter vielem Beifall ein großes Konzert. — Danach ist wohl die Qualität der hiesigen Künstler doch recht erfreulich, wenn man auch in der örtlichen Presse oft liest, daß wir früher gute Kräfte hatten.

pb. Feuersgefahr mit Dieben. In der Nacht zum Mittwoch bemerkte ein auf Posten befindlicher Polizeiwachmann, wie ein Mann über die Planke des Neubaus beim Ballmaggasin kletterte. In der Annahme, daß der Mann dort gestohlen hatte, verhaftete der Beamte, des Mannes habhaft zu werden. Zwischen nähere sich aber ein Komplize des Diebes, der auf den Beamten einen Schuß abgab. Der Schuß schlug dem Beamten durch den Arm. Zwischen dem Beamten und den beiden Dieben entspann sich nun ein regelrechtes Feuersgefecht, bei dem es der Dieben gelang, unerkannt zu entkommen. Der eine der Diebe trug bei seiner Flucht ein graues Kaput unter dem Arm.

Hinwelle auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobente, Bundelegierte, Gewerkschaftsvorstände des A.G.B., Aia und A.B. Deute abend sehr wichtige gemeinsame Versammlung im Gewerblichen Haus. Erscheinen aller ist Pflicht. Ohne Ausnahme hat niemand Zutritt. Der Vorstand des A.G.B.

Stadttheater. Donnerstag wird „Luther“ wiederholt. Im Freitag-Ab. „Der Bettelstudent“. Samstag ist Frau Rent-Kothaus vom Hamburger Stadttheater als Gast für die Vorstellung „Martha“ gewonnen. Daburh findet eine Spielplanänderung statt, anstatt „Fiebermaus“ wird „Martha“ gegeben.

Santa-Theater. Heute Mittwoch, sowie Donnerstag 7 1/2 Uhr „Boccaccio“. Freitag 7 1/2 Uhr zum letzten Male „Madame Pompadour“.

Angrenzende Gebiete.

s. Gutin. Landesausschuß. Die Versammlung ist von der Regierung einberufen. Einziger Punkt der Tagesordnung: Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben für den Landesteil Lübeck für das Jahr 1923/24 (Landeshaushalt). Die Versammlung trägt vorberstehenden Charakter. Gesehentlich ist auch dieses Jahr wieder die Tatsache, daß der Landesteil Lübeck unverzinsliche Schulden nicht hat, die verzinslichen Schulden betragen 3 635 800 Mark, darunter 70 000 Mark Kautionsgelder. Die geldlichen Verhältnisse sind also wohl als glänzend zu bezeichnen. Aus den Verhandlungen: Es kommen schwere Anklagen gegen die Forstverwaltung wegen Lieferung von schlechtem Holz zur Sprache, v. Levetzow gibt keine Beschwerden zu Protokoll. Fid-Stodelsdorf verlangt Auskunft über die Einnahmen aus den Staatsgütern, die Anfrage zeitigt eine rege Debatte. Der Regierung wird empfohlen, die Gebühren für Jagdarten ganz bedeutend zu erhöhen. Schmidt tritt dafür ein, daß die aus der Regierungskasse zu zahlenden Lehrgeldnehmer und Witwengelder rechtzeitig gezahlt werden. Es soll im Anschluß daran die Frage geprüft werden, ob für das betr. Bureau nicht noch eine Hilfskraft angestellt werden muß. Viele Wünsche werden geäußert hinsichtlich der gesundheitlichen Maßnahmen, vor allem soll die Summe für die Bekämpfung der Tuberkulose von 60 000 Mark auf 6 Millionen erhöht werden. Barfels macht den Vorschlag, alle Laster dieser Art möglichst auf den Staat abzuwälzen, Landesverband und Gemeinden werden dann das ihre tun. Auch das Wohlfahrtsamt kommt mit entsprechenden Vorschlägen für den Kampf gegen die weiße Seuche. Kettelhorn beantragt, den Staatsauschuß für das Haus Vorwerk von 40 000 auf 200 000 Mark zu erhöhen. Meyer-Konigsfeld wünscht grundlegende Änderungen hinsichtlich der Berufs-(Fortbildungs-)schulen, vor allem, große Schulen durch Zusammenlegung einzelner zu bilden. Hinsichtlich der gesetzlichen Verpflichtung des Staates zur Unterhaltung von Gemeindegewegen werden recht viele Wünsche vorgetragen. Es besteht Aussicht, daß für das Land eine Motorfeuerprize angeschafft wird. Geringt wird, daß die im Vorjahr geforderte Liste für den Denkmalschutz auch heute noch nicht vorgelegt ist. Die Nachmittagsung beschäftigt die Versammlung Kundentag mit Schulklassen. Auch der Schulhausbau in Renjewald steht zur Debatte. Die Sache geht als besondere Vorlage an den Landtag. Eine viergliedrige Kommission wird den Vorschlag bearbeiten und dem Landesausschuß zur Begutachtung vorlegen. Nächste Sitzung Montag, 19. Februar.

r. Selmsdorf i. Meck. In einer öffentlichen Volksversammlung, einberufen von der Sozialdemokratischen Partei, sprach am vergangenen Sonnabend Genosse Lehrer Feuer über: „Die Schule im neuen Deutschland.“ Da am folgenden Sonntag die Klassen für den Schulortstand stattfinden sollten, sprach der Referent vor allem dessen Rechte und Pflichten und begründete eingehend die Notwendigkeit einer harmonischen Zusammenarbeit zwischen Elternschaft und Schule. Aus Eltern, Lehrern und Schülern müsse sich die rechte Erziehungsgemeinschaft bilden, der Erziehungsgegenstand müsse das ganze Volk erfassen. Die bürgerlich-kirchliche Gruppe unter Führung des Pastors hatte ein Flugblatt verbreitet, das dem Referenten Gelegenheit gab, einmal die Wachsenhaftigkeit dieser Kreise während zu beleuchten. Mit dem Rufe: „Die Religion ist in Gefahr!“ suchte man das Volk aufzuheizen gegen unsern Volksstaat und unsere Volksschule. Dem in der Versammlung anwesenden Pastor wurde klar gemacht, daß die Vertreter der Kirche, statt Zwietracht zu säen und die Autorität unseres Volksstaates zu untergraben, sie vielmehr die Aufgabe hätten, der Idee des Friedens und der Liebe Geltung zu verschaffen. Die Entgegnung dieses Herrn war denn auch sehr matt. Der Spitzenredner der gegenwärtigen Liste wollte den Sozialdemokraten die Schuld zuschieben, Zwietracht in die Gemeinde hineingebracht zu haben. Er wurde aber von einem Parteigenossen tüchtig abgefertigt. Mit dem Appell, kräftig für die Liste der Sozialdemokraten einzutreten, schloß Genosse Bollow die Versammlung.

Hamburg. Die Aufwandsentschädigung für Bürgergesellschaften soll neu geregelt werden. Den Abgeordneten zur Bürgerschaft, mit Ausnahme derer, die zugleich dem Senat angehören, soll eine allgemeine Aufwandsentschädigung monatlich nachträglich bezahlt werden. Sie beträgt ein Drittel des als Reichsteuernzahlung für die Stadt Hamburg monatlich bekannt gegebenen Markbetrages. Ein Verzicht auf die allgemeine Aufwandsentschädigung ist unwirksam. Der Präsident der Bürgerschaft erhält das Vierfache, jeder der beiden Vizepräsidenten das Doppelte der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten. Von dem Betrage wird ein Drittel für jede verbliebene Gesamtsitzung in Abzug gebracht. Den Mitgliedern, die im hamburgischen Landgebiet wohnen, wird außer der allgemeinen Aufwandsentschädigung ein Erlos der baren Auslagen gewährt. Der Ausschuß beantragt, für diese Zwecke 23 Millionen Mark nachträglich in den Staatshaushaltsplan für 1922 einzustellen.

Wittler i. Holst. Folgeschwer Pulverexplosion. Ein schweres Unglück ereignete sich im Hause von H. Lau in Brokdorf bei Wittler. Auf dem Wohnzimmerfenster wurde seit Jahren ein Beutel mit Pulver (!) aufbewahrt, das Feuer fing und explodierte. Sämtliche Fenster flogen heraus und die in der Stube weilenden Personen wurden sofort Feuerfäden. Die Frau und der Sohn von Lau schwebten in Lebensgefahr, während ein kleines Entlein bereits gestorben ist.

Oldenburg. Dem Landtag ist von der Regierung eine Vorlage über die Milchverbilligung zugegangen. Eine Anfrage des Genossen Hug fordert Auskunft von der Regierung, was sie in der Milchfrage zu tun gedenkt. Was dabei herauskommt, wird nicht schwer zu erraten sein. Bisher hat der hamburgische Landtag noch kein Verständnis gezeigt für die Bedürfnisse der breiten Massen. Und von drei Möglichkeiten, die die Regierung in ihrer Vorlage anführt, werden die Mehrheit bildenden Landtagsabgeordneten, die agrarisch bzw. agrarisch-freundlich eingestellt sind, schon das herausfinden, was den Milchproduzenten am allerwenigsten weh tut. Aber unserer Milchverbilligung droht noch eine neue Gefahr. Sicherem Vernehmen nach sind eine Anzahl von Leuten mit ausgeprochenem Kriegsgewinnernanieren dabei, einen Milchaufkaufstruß zu bilden.

um die Milch einer in jedem Bezirk zu schaffenden Käseerei zuzuführen. Wie weit diese Pläne Gestalt angenommen haben, läßt sich bis jetzt noch nicht übersehen. Wenn diese Pläne zur Durchführung gelangen, können wir mit Sicherheit annehmen, daß es dann mit der Milchversorgung für weite Schichten der Bevölkerung ein Ende hat. Eine Preissteigerung für Milch wird einleuchten, gegen die die bisherigen verschwinden werden. Die Landwirte Westfalens dagegen haben beschloffen, den Januarpreis für Milch auch im Februar gelten zu lassen, um die Folgen der Milchbeschränkung der nachteiligsten Bevölkerung weniger fühlbar machen zu lassen. — In Oldenburg, Hamburg und Lübeck aber steigt man lustig weiter.

Bremen. Untergang des neuen Biermaß-Motorschiffers „Adolf Binner“. Der neue deutsche fünf-Motorschiffener „Adolf Binner“ aus Bremen (nicht „Adolf Bormann“, wie von einem Telegraphenbureau fälschlich gemeldet wurde) ist auf seiner ersten Reise von Kiel nach Barry Kopf wo das Schiff Kohlen nach dem La Plata laden sollte, in schwerem Wetter bei Lizard total verloren gegangen. Die Besatzung ist unter großen Schwierigkeiten mittels des Raketenapparates gerettet worden. Der Segler ist auf der Germania-Werft in Kiel erbaut, besaß eine Tragfähigkeit von 3000 Tonnen, gehörte der Bremer Reederei J. A. Winnen & Co. und war erst in den ersten Februartagen von der Werft abgeliefert worden.

Aus aller Welt.

Der deutsche Portier. In einer Berliner Edelmetallantike-Stelle hat vor einigen Tagen ein Mann wertvolle Juwelen, Gold- und Silbersachen im Werte von 40 Millionen Mark zum Kauf angeboten. Da der Mann sich nicht legitimieren konnte, wurde er von herbeigerufenen Polizisten verhaftet. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen Portier aus Charlottenburg handelte. Bei der Durchsuchung seiner Portierwohnung wurde eine Menge Wäsche, Seife und andere Gegenstände gefunden, die den Hausbewohnern gehörten. Die Feststellungen haben ergeben, daß der Portier mit Hilfe von Nachschlüssel sich im Laufe mehrerer Jahre alles angeeignet hatte, was er erreichen konnte.

Die Republik Bayern verleiht den Adel. Im volksparteilichen „Landauer Anzeiger“ vom 22. Januar lesen wir: „Schiffstadt. Der Reichner der hiesigen Darlehnskasse, Ledner aus Speyer, der den Krieg als Fliegeroffizier mitgemacht hat, hat jetzt nachträglich den Max-Joseph-Orden, den höchsten bayerischen Tapferkeitsorden, mit dem der persönliche Adel verbunden ist, erhalten.“ Die Reichsverfassung, so bemerkt dazu die „Welt am Montag“, verbietet zwar das Verleihen von Orden und Adelsbezeichnungen. Aber Bayern erhebt ja immer den Anspruch auf Extra-Reichswürde.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Jemitteton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Amilicher Teil

Güterrechtsregister.

Am 12. Februar 1923 ist bezüglich der Ehe des Schlachtermeisters Gustav Hermann Otto Uner und Henriette Maria Anna geb. Oldörp zu Lübeck eingetragenen: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreis keine Geldsäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgekl. (12951) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Aufgebot.

Der Kaufmann Carl Delpner in Berlin S. 61 Wilmstraße 3 III, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Weber in Lübeck hat das Aufgebot beantragt zur Kraftlosklärung der Inhaberschaften Nr. 252/253 der Aktien der Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Lübeck über je 1000 Mark nach Delors und Dividendenrechten. Der Inhaber der Aktien wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem Termine am 29. Mai 1923, vormittags 11 1/2 Uhr, auszuweisen und sich zu den Urkunden zu bekennen, die die Kraftlosklärung der Aktienurkunden erfolgen wird. Lübeck, den 9. Februar 1923. (12950) Das Amtsgericht, Abt. 6.

Bekanntmachung.

Betrifft Erhöhung der Raumschlags- und Lagergebühren.

Am 18. Februar mit einer Erhöhung:
a) der Gebühren der Vertriebs- und Geschäftsführung für den Raum...
b) der Sondergebühren,
c) der Lagergebühren,
d) der Stunden- und Überstundenlöhne gemäß § 11 Abs. 2 und § 2 Abs. 6 der Vertriebs- und Geschäftsführung vom 29. März 1920
e) der Gebühr des Lagergebührens I und II der Ordnung für den Güterverkehr vom 28. März 1920 sowie der Vertriebsgebühren.
f) der Gebühren für den Warenverkehr (Zollabrechnung) vom 14. März 1921.
g) der Gebühren für die Benutzung der Aufzugsmaschinen.
h) der Gebühren für die Anwaltsgebühren der Kaufmannschaft.
i) Die Bekanntmachung vom 30. Januar 1923, die eine Erhöhung der...
Die Handelskammer.

Öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses

am Donnerstag, dem 15. Februar 1923, nachmittags 4 Uhr im Verwaltungsausschuss, Hauptstraße 25, Lübeck, Abt. 25. (12945)

Witwenversicherung.

Zurückzahlung am 15. Februar und 1. März. Abdruck an den bekannten Adressen. (12952) Lübeck, Abt. 25. Die Verwaltung.

Das Gericht hat...
Die Verwaltung.

Waisenhaus.
Die Verwaltung.

Nichtamilicher Teil

Ein hochtragendes...
Die Verwaltung.

Unerwartet...
Die Verwaltung.

Su verkaufen...
Die Verwaltung.

Bedeutend erhöhte Preise...
Die Verwaltung.

Konsumverein...
Die Verwaltung.

Bedeutende Preisermäßigung...
Die Verwaltung.

Margarine mt. 3700...
Die Verwaltung.

Ankaufs-Zentrale...
Die Verwaltung.

Achtung! Unsere Mindest-Preisliste!

Gold-Doubl.-Ketten	18000	Silber-Sachen	500	Platin-Draht	10000
Brillanten	10000	Gold-Herrenuhren	1000	Ziegel	1000
Zahngelbte	2000	Gebisse	1000		

E. M. Z. h. H. A. Frick, Waffenstr. 2, Lübeck.

„E. M. V.“

„Edel“ - „Metall“ - „Verwertung“
Uhrenmacher und Juwelier Herm. Voss & Co.
Trauringe billiger!!

333	geh.	von 30 000	ML. an.
555	„	50 000	„
750	„	80 000	„
900	„	120 000	„

Nur Lübeck, Fleischhauerstraße 26

la. frische Margarine

weit unter Fabrikpreis
3600, 3800, 4000 pro Pfd.
Palmin Pfd. 4500.
la. weißes Schmalz Pfd. 6000.
3-Frucht-Marmelade Pfd. 400.
In sämtlichen Filialen.
Lübecker Margarine-Zentrale
A. Dreessen. 12954

Brillanten, Gold-, Silber-, Platin-, Doublet- Uhren, Brennstifte usw.

Carl Michaelisen, Goldschmied, Brühlstraße 3, am Ringenberg. 12986

Wagerteil

Schöne polle...
J. E. Würzburg, Schmalz. 22a.

Günstiges Angebot!

Keines weißes Schweinefleisch	5900
Keines weißes Kalbsfleisch	5300
Keines weißes Rindfleisch	7000
Margarine	3800

Paul Burmeister jun., Feinkosthandlung, 12969
Hauptgeschäft: Goldstraße 24.
Meierstraße 21, Schwönesenquartier 18, Goldstraße 3.

Praktische Ratschläge

Wir empfehlen unseren Hausfrauen und Töchtern ganz besonders die neuerschienenen illustrierten Schriit:
Waschen, Plätten, Glanzplätten, Färben, Baitken, Reinigen.
Buchhandlung Lübecker Volksbote

Gute Frauen-Haare

Kauft (12875) 100 Gr. bis 1000 Mk.
Haarhandlung
Kostbahn, Sandstraße 12, von 9-12, 3-5 Uhr.
Visitenkarten fertigt an die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Vergnügungs-Verein St. Jürgen

Am Sonnabend, dem 17. Februar
Grosser Ball
im Gesellschaftshaus „Weisser Engel“.
Anfang 6 1/2 Uhr. 12962
Es ladet dazu freundlich ein Der Vorstand.

Deutscher Verkehrsband

Ortsverwaltung Lübeck.
Verammlung der Krautflechter am Donnerstag, 15. Febr. abds. 7 1/2 Uhr. (12964)
im Lokale des Herrn P. Richter, Wengstr. Wichtigste Tagesordnung: die Ortsverwaltung u.

Trocadero

Schüsselbad. A. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Weberus-Stimmungs-Konzerte.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck. (12965)
Betriebsräte! Sammelbogen für Aufrechterhaltung der Ortsverwaltung abhol. Die Ortsverwaltung.

Madame Pompadour

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 6 30 Ab. B. Zum 40jährigen Todestag Richard Wagner's Die Meistersinger. Donnerstag, 7 30 Ab. B. Luther. 12963
Freitag, 7 30 Ab. D. Der Bettelstudent. Sonnabend, 7 30: Einmalige Gaietopel. Tanzkünstler.